

Christian Zeller*

Green New Deal als Quadratur des Kreises

Zusammenfassung: Die Erderhitzung und das Überschreiten mehrerer planetarer Grenzen erfordern einen raschen und umfassenden Umbau der gesamten Produktion und eine Neuorientierung des Konsums. Unterschiedliche Vorschläge für einen Green New Deal antworten auf diese Herausforderung. Sie wollen den Kapitalismus mit institutionellen Reformen auf eine ökologisch nachhaltige Entwicklungsweise schieben. Ich argumentiere, dass diese Vorstöße den ökologischen Herausforderungen nicht genügen und ökonomisch unrealistisch sind.

Schlagwörter: Green New Deal, ökologische Modernisierung, Klimapolitik, Erderhitzung, sozial-ökologische Transformation, Wachstum, Akkumulation des Kapitals

Green New Deal squares the circle

Abstract: Global warming and the crossing of several planetary boundaries require a rapid and comprehensive restructuring of all production and a reorientation of consumption. Different proposals for a Green New Deal respond to this challenge. They seek to push capitalism towards an ecologically sustainable mode of development with appropriate institutional reforms. I argue that these suggestions do not meet the ecological challenges and are economically unrealistic.

Keywords: Green New Deal, ecological modernisation, climate politics, global heating, socioecological transformation, growth, accumulation of capital

1. Einleitung

Die Treibhausgasemissionen, die Erderhitzung und das Überschreiten mehrerer planetarer Grenzen erfordern einen raschen und umfassenden Umbau der industriellen Produktion und der Transportorganisation, einen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sowie eine Veränderung der Konsumgewohnheiten. Darüber, wie das zu erreichen ist, und ob ein derart radikaler Umbau überhaupt im Rahmen der ka-

* Christian Zeller ist Professor für Wirtschaftsgeografie an der Universität Salzburg.

pitalistischen Produktionsweise möglich ist, gehen die Meinungen weit auseinander.

Die Vorstellung einer ökologisch verträglichen kapitalistischen Entwicklung wurde seit den 1970er Jahren in unterschiedlichen Ausprägungen wiederholt in die politische Debatte gebracht. Grüne, sozialdemokratische, liberale und konservative Kräfte sprechen sich seit längerer Zeit für ein ökologisch verträgliches Wachstumsmodell, beziehungsweise eine grüne Modernisierung der sogenannten Marktwirtschaft aus. Mit der Entstehung der Klimabewegung und im Vorfeld der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen entbrannte eine erste internationale Diskussionswelle über Green New Deals (GND). Es mehren sich zudem die Forschungsergebnisse, die zum Handeln drängten. Der 1,5-Grad-Bericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) vom Oktober 2018 (IPCC 2018), die rasche Ausbreitung von Fridays for Future und das Erstarken der Klimabewegung setzten Regierungen und unterschiedliche politische Kräfte erneut unter Druck. Seither mehren sich die Vorschläge und GND-Modelle. Die Vielfalt der Entwürfe für derartige gesellschaftliche Deals ist beachtlich und bisweilen verwirrend, weil unter demselben Label unterschiedliche Vorschläge in die Diskussion gebracht werden.

Dennoch weisen alle Vorschläge einige Gemeinsamkeiten auf. Alle GND-Varianten gehen davon aus, dass die kapitalistische Produktionsweise mit entsprechenden institutionellen Reformen auf eine ökologisch nachhaltigere und sozial weniger ungleiche Entwicklungsweise geschoben werden kann. Damit stehen sie vor der Herausforderung zwei grundlegende Fragen zu beantworten:

1. Entsprechen die durch einen GND durchgesetzten Maßnahmen dem Ziel, die Erderhitzung auf 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen? Führt der GND zu einer vollständigen Entfossilisierung der Gesellschaften bis Mitte dieses Jahrhunderts?

2. Ist die ökologisch nachhaltigere und sozial weniger ungleich Entwicklungsweise, die durch einen GND realisiert werden soll, überhaupt ein schlüssiges und kohärentes Entwicklungsmodell? Das heißt, kann eine derartige Konfiguration die kapitalistischen Widersprüche derart kleinarbeiten, dass sie mehrere Jahrzehnte überdauern kann?

Ich formuliere im vorliegenden Beitrag einige grundsätzliche Überlegungen zur Beantwortung dieser Fragen. Mithilfe eines Kriterienkatalogs, der die Ziele und Maßnahmen der Green New Deals, deren makroökonomische Kohärenz und die Rolle gesellschaftlicher Schlüsselakteure erfasst, beurteile ich die wesentlichen, seit Anfang 2019 in die Debatte gebrachten Konzeptionen. Ich komme zum Ergebnis, dass alle berücksichtigten Vorschläge die beiden Anforderungen nicht erfüllen. Das heißt nicht, dass jede Perspektive

für einen GND als solche unsinnig ist. Um die GND-Debatte politisch zu beurteilen, stellt sich die Frage, ob sie dazu dient, eine gesellschaftliche Dynamik zu befördern, die einen Beitrag zur Veränderung gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse leistet, sodass substanzielle sozial-ökologische Strukturreformen durchgesetzt werden können. Zur Beantwortung dieser Frage müsste man jedoch die politischen Auseinandersetzungen analysieren, was den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.

Zunächst erörtere ich die zentralen Herausforderungen für die gegenwärtige Krisenbearbeitung und zwar im Kontext der anhaltenden Macht des Finanzkapitals und im Kontext der planetaren Grenzen. Danach gehe ich kurz auf die seit den frühen 1990er Jahren diskutierten Vorschläge für einen GND ein. Anschließend überprüfe ich die gegenwärtig diskutierten Konzepte und den European Green Deal (EGD) nach den erwähnten Schlüsselkriterien. Im vorletzten Abschnitt zeige ich, dass die GND-Vorhaben ökologisch unzureichend und ökonomisch widersprüchlich sind. Sie sind deshalb im Kontext der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Entwicklung unrealistisch. Im Fazit fasse ich die Kritik am GND auf die ökonomische und ökologische Dimension zusammen.

2. Anhaltende Dominanz des Finanzkapitals im Kontext planetarer Grenzen

2.1 Finanzdominierte Akkumulation

Jedes Projekt für eine gesellschaftliche Veränderung steht vor der Herausforderung, die gegenwärtige Phase der kapitalistischen Produktionsweise zu bestimmen – und zwar im Kontext der ökologischen Rahmenbedingungen. Das ist erforderlich, um die Spielräume für eine weniger ungleiche und ökologisch zerstörerische Konfiguration des Kapitalismus abschätzen zu können.

Der kapitalistische Akkumulationsmotor stottert seit der letzten großen Krise der Jahre 2007 bis 2009. Die Produktivitätsgewinne sind deutlich niedriger als noch zu Zeiten der glorreichen 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg oder der New Economy in den 1990er Jahren. Seit den späten 1970er Jahren hat sich eine Konfiguration des Kapitalismus durchgesetzt, die von einer enormen Bedeutungszunahme des Finanzkapitals gekennzeichnet ist. Letztlich bestimmen Erwartungen des fiktiven Kapitals, sich einen Teil des Mehrwerts in Form von Zins- und Rentenerträgen einzustreichen, den Rhythmus der Akkumulation (Chesnais 2016). Weil die normale, obschon gesteigerte Ausbeutung nicht ausreicht, setzt das Kapital vermehrt auf Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2003; Zeller 2004). Der teilweise Wiederanstieg

der Profitraten in den 1990er und 2000er Jahren führte allerdings nicht zu einer Ausdehnung der Investitionen, sondern diente der Verteilung in Form von Finanzerträgen (Husson 2009) und der Errichtung eines Rentierregimes (Zeller 2011). Es zeigte sich, dass die Investitionstätigkeit sich teilweise von der Profitabilität entkoppelte (Durand/Gueuder 2018).

Die herrschenden Kapitalfraktionen haben es im Zuge der Krise ab 2007 geschafft, eine Entwertung des fiktiven Kapitals zu vermeiden. Die Kosten der Krise wurden mit einer verstärkten Austeritätspolitik auf die breite Masse der Lohnabhängigen abgewälzt. Nicht überraschend setzte das Kapital auch in der Klimapolitik weitgehend auf marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel, der letztlich nur eine weitere Anlagesphäre für das Finanzkapital darstellt (Zeller 2010).

Die gegenwärtige Krise, die sich bereits vor einiger Zeit andeutete und nun durch die Covid-19-Pandemie eine unermessliche Tiefe und Hartnäckigkeit angenommen hat, zeigt die Grenzen der Akkumulationsdynamik. Erneut reagieren Regierungen auf die Krise, indem sie die Abwertung des Kapitals hinauszögern und abfedern. Sie greifen abermals großen Konzernen mit Kapitalbeteiligungen und Krediten unter die Arme und treiben damit die Staatsverschuldung in die Höhe. Auf diese Weise tragen sie zur Steigerung der Finanzguthaben der Investmentfonds bei. Die Staaten leihen sich im großen Stil bei jenen Akteuren Geld, die sie eigentlich stärker besteuern müssten, um die Verschuldung in Grenzen zu halten.

Die Notenbanken akzentuieren ihre expansive Geldpolitik und senken die Zinsen, in der Hoffnung, damit die Unternehmen zur Investitionstätigkeit anzuregen. Da sich allerdings die Absatzmärkte angesichts der Krise nur ungenügend entwickeln, zögern diese, Kredite aufzunehmen. Deshalb ist die Hypothese einer langanhaltenden Stagnationsphase plausibel.

Das Kapital und seine Interessensvertreter stehen vor der Frage, wie sich die Profitabilität des Kapitals wieder steigern und dabei gleichzeitig neue Märkte erschließen lassen – und zwar in einem Maße, dass das Kapital wieder genügend Anreize hat, die Investitionen stark ausweiten. Solange die Profite nicht steigen und neue Absatzmärkte erschlossen werden können, werden die Investitionen nicht das erforderliche Maß annehmen, um eine neue Wachstumsphase einzuleiten (Husson 2020).

Die EU antwortet auf diese Herausforderung mit ihrem Wachstumsprogramm, dem European Green Deal. Damit das Programm stimmig ist, muss allerdings die Ausbeutung der Arbeit und der Raubbau an der Natur gesteigert werden. Da der Ausbau erneuerbarer Energie ausgesprochen rohstoffintensiv ist, muss das Kapital alles daransetzen, die erforderlichen Rohstoffe mit möglichst geringen Kosten zu erschließen.

2.2 Planetare Grenzen im Anthropozän

Zu den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, die eine erneute Phase der Prosperität unwahrscheinlich, eine ökologisch verträgliche Entwicklung jedoch unmöglich machen, kommen die planetaren Grenzen unseres Stoffwechsels mit der Natur hinzu (vgl. Mahnkopf 2014). Denn der gestörte Stoffwechsel mit der Natur wird die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen zerstören.

Neben der Erderhitzung haben auch der Verlust der Biodiversität, die Versauerung der Ozeane, Landnutzungsänderungen durch Abholzung und der Stickstoff- und Phosphoreintrag in die Biosphäre und Atmosphäre die Grenzen der Tragfähigkeit erreicht oder gar überschritten (Rockström u.a. 2009; Steffen u.a. 2015). Die durch die kapitalistische Industrialisierung verursachten Veränderungen haben die Erde in eine erdgeschichtliche Epoche geführt, die als *Anthropozän* bezeichnet wird (Angus 2020).

Die Erderhitzung ist die offensichtliche ökologische Herausforderung unserer Zeit. Wenn sich die Erdtemperatur weiter erhöht, drohen Kipppunkte erreicht zu werden, denen eine verhängnisvolle Eigendynamik folgt. Eine derartige Kaskade von sich gegenseitig verstärkenden Mechanismen führt dazu, dass sich die Erde zu einem heißen Planeten entwickelt, der für die gegenwärtigen menschlichen Gesellschaften und für viele weitere Arten nur noch eingeschränkt bewohnbar ist (Steffen u.a. 2018). Die umfassende ökologische Krise ist Ausdruck des Widerspruchs zwischen den planetaren Grenzen und der endlosen Akkumulationsdynamik des Kapitals (Mahnkopf 2014; Harvey 2014; Chesnais 2016).

Gemäß den Studien des IPCC müssen die globalen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 58 Prozent sinken und 2050 Kohlenstoffneutralität erreicht sein, um das 1,5-Grad-Ziel mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit zu erreichen. Wenn wir das historische Erbe der imperialistischen Staaten Europas berücksichtigen und eine massive Steigerung der Kernenergie ablehnen, muss die Reduktion in diesen Ländern deutlich stärker ausfallen.

3. Green New Deal als Schritt zur Modernisierung oder Transformation?

3.1 Green New Deal als Projekt für einen Kurswechsel

Seit den späten 1980er Jahren haben verschiedene Kräfte in Deutschland Vorstellungen einer sozial-ökologischen Reformpolitik mit dem Begriff des Green New Deals zusammengefasst. Sozial-ökologische Strömungen in der SPD und in den Grünen wollten eine Umverteilungspolitik und eine Ökologisierung der Wirtschaft miteinander verbinden und derart ein strategisches Bündnis schmieden. Im Zuge der Anpassung an die neoliberale Hegemonie

verwendeten die Grünen den GND im Sinne einer grünen Modernisierung des Kapitalismus (Brüggen 2001: 1063).

Im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 nahm die Diskussion Fahrt auf. Grüne Parteien in Europa entwickelten unterschiedliche Green-New-Deal-Konzepte, die auf eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus enggeführt blieben (The Green European Foundation 2009; Adler/Schachtschneider 2010). AutorInnen, die für eine radikalere sozial-ökologischen Transformation oder gar eine antikapitalistischen Perspektive eintraten, kritisierten diese Vorschläge, die ökologischen Anliegen als Wachstumstreiber einzusetzen und damit eine neue Akkumulationskonfiguration durchzusetzen (Brand 2009; Kaufmann/Müller 2009; Altvater 2011).

In Großbritannien veröffentlichte die Green New Deal Group um Caroline Lucas¹ und die postkeynesianische Ökonomin Ann Pettifor 2008 einen Plan, um die Finanz-, Klima- und Energiekrise gleichermaßen zu bekämpfen (Pettifor 2020: 19). Das *United Nations Environment Programm* (UNEP) machte sich zur Fürsprecherin einer grünen Ökonomie und plädierte dafür, dass ein Green New Deal eines globalen Programms bedarf. Allerdings verblieben die konkreten wirtschafts- und umweltpolitischen Programmpunkte in einer Modernisierungsperspektive, ohne die strukturellen Gründe für die global ungleiche Entwicklung und die ungleichen ökologischen Belastungen anzusprechen (Barbier 2010).

Die Klimabewegung vermochte vor einem Jahrzehnt das Kräfteverhältnis nicht wirklich zu verändern. Die Eurokrise und die Migration standen in den Folgejahren im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Doch die Erderhitzung kam mit mehreren Umweltkatastrophen und neuen Forschungserkenntnissen zurück ins Massenbewusstsein.

Die Vorschläge von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in den USA sowie von Jeremy Corbyn in seinem Wahlprogramm 2019 in Großbritannien verliehen den Debatten über einen GND neuen Schwung und strahlten auch international aus. Naomi Klein (2019) hat mit ihrem in mehrere Sprachen übersetzten Buch den Green New Deal international popularisiert. Die Impulse aus den USA und Großbritannien aufgreifend, forderte die europäische Linkspartei in ihrem Programm für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 ebenfalls einen GND. Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag beschloss Ende Januar 2020 einen umfassenden Aktionsplan für Klimagerechtigkeit, der auch einen Investitionspakt im Rahmen eines Green New Deals fordert, um einen sozialverträglichen industriellen Umbau in die Wege zu leiten (DIE LINKE 2020: 15).

1 Grüne Abgeordnete zwischen den Jahren 1999 und 2010 des Europaparlaments sowie ab 2010 des Unterhauses.

3.2 Grundlegende Fragen für einen Green New Deal

Jeder Green New Deal, der die kapitalistische Produktionsweise mit einer ökologisch verträglichen gesellschaftlichen Entwicklung versöhnen will, steht vor zwei grundlegenden Herausforderungen. *Erstens* stellt sich die Frage, ob die neuen »grünen« Sektoren der Wirtschaft eine Profitrate ermöglichen, die so hoch ist, dass Kapital in genügendem Maße in die ökologisch verträglichen Bereiche der Wirtschaft fließt und gleichzeitig die gesamtgesellschaftliche Nachfrage so hoch ist, dass der Mehrwert realisiert werden kann – beides ist die zentrale Voraussetzung dafür, dass die Unternehmen weiterhin investieren. Bislang deutet wenig darauf hin, dass die Umwandlung erneuerbarer Energien, ressourcensparende Produktionsmethoden und überhaupt die Produktion von weniger Waren überdurchschnittliche Profitraten zulässt. Ganz im Gegenteil, das Kapital ist zurückhaltend, sich in diesen Sektoren zu engagieren.

Zweitens stellt sich die Frage, ob ein GND überhaupt das Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts erreichen kann. Allerdings ist dieses Ziel bereits Ausdruck einer Verengung der ökologischen Herausforderung. Die AutorInnen der GND-Vorschläge stellen die anderen brennenden ökologischen Herausforderungen des Anthropozäns, die allesamt mit großen sozialen Problemen verbunden sind, implizit und manchmal auch explizit hinten an. Doch auch diese Herausforderungen können nicht weitere Jahrzehnte warten. Es macht ökologisch und gesellschaftlich keinen Sinn, zuerst das Klima retten zu wollen, und die anderen ökologischen Herausforderungen erst danach anzupacken. Die genannten ökologischen Herausforderungen sind nicht isoliert voneinander. Damit ist die Frage verbunden, inwiefern die andauernde Akkumulation von Kapital überhaupt eine absolute Ressourceneffizienz und eine Entkoppelung vom Energieverbrauch zulässt. Die entscheidende ökologische Frage lautet, ob trotz Wirtschaftswachstum, nicht nur relativ zum gestiegenen Output immer weniger Energie und andere Ressourcen eingesetzt werden müssen, sondern sich der Ressourceneinsatz absolut reduzieren lässt. Bislang gibt es keine Anhaltspunkte, dass dies möglich ist. Der Rebound-Effekt durch erhöhte Produktionsmengen, größere Produkte und vermehrten Konsum überwiegen die Effizienzgewinne (Santarius 2015). Bisherige ökonomische Studien, die diese absolute Entkoppelung für möglich erachten, beschränkten sich auf einzelne Länder oder Sektoren. Das Problem ist aber im Weltmaßstab zu denken, um Verlagerungsprozesse einzubeziehen.

3.3 Beurteilungsschema der Vorschläge für einen Green New Deal

Um die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, beurteile ich die in den Jahren 2019 und 2020 veröffentlichten Vorstöße für einen Green New Deal anhand

eines Kriterienkatalogs, den ich hier kurz begründe. Auf dieser Grundlage prüfe ich die verschiedenen Programme.

Ziele: Alle GND-Varianten verbinden ökologische und gesellschaftliche Ziele. Die meisten beanspruchen, mit ihrem Programm bis Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität und eine weniger ungleiche Gesellschaft erreichen zu können. Dennoch unterscheiden sie sich bei der genaueren Ausprägung dieser Ziele.

Gesamtwirtschaftliche Kohärenz: Sowohl in einer keynesianischen, regulationstheoretischen als auch marxistischen Perspektive ist die Sicherstellung der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage eine der grundlegenden Herausforderungen. Die Kohärenz eines Entwicklungsmodells ist davon abhängig, dass das was produziert wird, auch verkauft wird – Mehrwert muss sich realisieren. Unternehmen streben danach Profite zu erwirtschaften. Profitabilität ist die Voraussetzung um Kapital anzuziehen und weitere Investitionen zu tätigen, auch wenn sich dieser Zusammenhang seit der Durchsetzung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes gelockert hat (Durand/Gueuder 2018). Welche Aussagen die GND-Programme zur Profitabilität beinhalten, ist demnach zentral, um sie in Bezug auf die Kohärenz einer postneoliberalen Entwicklungsweise zu überprüfen. Die Finanzierung jedes GND hat zumindest zwei Dimensionen. Die schulden- und steuerfinanzierten Mittel des Staates und die Finanzierung der unternehmerischen Investitionen durch diese selbst bzw. vermittelt über deren Verschuldung.

Geografische Maßstäbe und Einbindung in die internationale Arbeitsteilung: Die geografische Aussagereichweite und die Position zur der Einbindung des Landes in die internationale Arbeitsteilung sind wichtige Aspekte, um die Zielvorstellungen und die Schlüssigkeit eines GND-Vorschlags zu beurteilen.

Akteure und politische Durchsetzung: Wie und durch wen soll ein Green New Deal durchgesetzt werden? Welches Verständnis haben die AutorInnen über die Rolle der Akteure sowie der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen ihnen? Um diese Fragen zu beantworten, prüfe ich, welche Rolle die GND-Vorschläge den Unternehmen bzw. einzelnen Kapitalfraktionen, den Lohnabhängigen und den sozialen Bewegungen sowie dem Staat beimessen.

4. Eine neue postneoliberale Konfiguration?

Trotz aller Vielfalt der GND-Programme lassen sie sich in zwei Gruppen einteilen: die Modernisierung und die sozial-ökologische Reformierung des Kapitalismus. Die zweite Gruppe enthält auch Vorschläge, die den GND als Einstieg in eine, allerdings nicht näher bestimmte, weitergehende sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft konzipieren. Alle Modelle verbleiben ihm Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung, Akkumulationslogik

und Konkurrenz. Auch die stärker reformorientierten und eher wachstums-kritischen GND-Modelle akzeptieren den Rahmen und die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft.

4.1 Kapitalistische Modernisierung

Der von der EU Kommission eingebrachte European Green Deal (European Commission 2019; Europäische Kommission 2020; EU 2020) und Jeremy Rifkins (2019) Global Green New Deal zielen auf eine »grüne« Modernisierung des Kapitalismus. Beide Modernisierungsvorstellungen gehen davon aus, dass es weder grundsätzliche gesellschaftliche und ökonomische Widersprüche noch einen Widerspruch zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und den Wirkungsmechanismen des Erdsystems und der Ökosysteme gibt. Demzufolge sei es möglich, das wirtschaftliche Wachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, also die Kapitalakkumulation voranzutreiben und gleichzeitig den Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken.

Jeremy Rifkin bezeichnet seinen Global Green New Deal ganz unbescheiden als die globale Lösungsperspektive um die Weltkatastrophe abzuwenden. Die gleichzeitige Herausbildung der Kohlenstoffblase an den Finanzmärkten und einer BürgerInnenbewegung für einen globalen GND eröffne die Möglichkeit, einen umfassenden infrastrukturellen Wandel hin zu einer nahezu kohlenstofffreien, ökologischen Gesellschaft in den nächsten zwanzig Jahren durchzusetzen (Rifkin 2019: 28). Rifkin sieht im Finanzsektor die rettende Instanz. Der Preisverfall bei den erneuerbaren Energien Wind und Sonne werde über alle Branchen hinweg zu »gestrandeten Anlagewerten« führen; der fossile Sektor müsse mit wertlos gewordenen Anlagewerten in der Höhe von 100 Billionen US-Dollar rechnen. Diese Kohlenstoffblase verspreche die größte Blase aller Zeiten zu werden (ebd.: 26). Bis etwa im Jahr 2028 werde ein *point of no return* erreicht sein – dann werde die Blase platzen. Die Finanzinvestoren hätten das finanzkapitalistische Momentum erkannt. Die Pensionsfonds nähmen mit ihrem Investitionspool von 41,3 Billionen US-Dollar (Stand 2017) bei diesem Kurswechsel eine zentrale Rolle ein. Diese Mittel seien durch die Gewerkschaften zu verwalten, die damit eine grüne Infrastrukturrevolution einleiten könnten (ebd.: 165ff.). Andererseits gesteht er aber ein, dass dieser Prozess nicht von alleine ablaufe. Die Staaten müssten den dringenden Umbau des Energiesystems und wirtschaftlichen Strukturwandel durch eine Erneuerung der hierfür erforderlichen Infrastruktur vorantreiben.

Mit einer antikapitalistischen Perspektive hat Rifkin nichts zu tun. Rifkin stützt sich auf Prämissen der neoklassischen Ökonomik und erliegt darüber hinaus einem technologischen Determinismus. Er argumentiert, dass die Kennzeichen des von ihm als dritte industrielle Revolution gekennzeichneten

ten technologischen Wandels es erlaube, die fossilen Sektoren gewissermaßen überflüssig zu machen. Rifkin knüpft rhetorisch an den historischen New Deal von Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren an und bezieht sich explizit auf Aktivitäten von grünen NGOs und Mobilisierungen der Klimabewegung.

Mit dem am 11. Dezember 2019 vorgestellten Europäischen Grünen Deal (EGD) beansprucht die EU Kommission auf den Klimawandel und das Artensterben zu antworten: »Es handelt sich um eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist« (Europäische Kommission 2020: 2; vgl. Finanzierungsprogramm European Commission 2020). Zentrales Ziel herbei ist die Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Konzerne auf den wachsenden Märkten für nachhaltige und grüne Technologien. Europa müsse die Wirkkraft des Binnenmarktes als Hebel nutzen, um globale Standards zu setzen.

Vordringliches Ziel der EU ist die Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsposition der europäischen Konzerne. Die EU Kommission postuliert, dass sich über eine Ausweitung der Marktprozesse, beispielsweise durch das Emissionshandelssystem, und durch die Internalisierung von Umweltschäden, eine grüne Wirtschaft erreichen lässt.

Am 17. September 2020 stellte die EU Kommission den Klimazielpfad für 2030 vor. Sie erhöhte das Ziel der Reduktion der Treibhausgasemission bis 2030 auf mindestens 55 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990. Bis 2050 sollen die Treibhausgasemissionen auf Netto Null gedrückt werden, bei einem gleichzeitig kontinuierlichen Wirtschaftswachstum etwa in derselben Höhe wie seit der Jahrhundertwende. Die EU Kommission will das Risiko eines Kohlenstoff-Lock-in vermeiden und Konzerne zu Wegbereitern des Strukturwandels machen. Die Investitionen zur Einhaltung der Klimaziele würden das Wirtschaftswachstum gerade in Situationen anfeuern, wenn die Wirtschaft unterhalb der Kapazitäten laufe. Die Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung könnten dazu beitragen, die Steuern auf Arbeit zu reduzieren, was eine positive Wirkung auf die Beschäftigung habe. Die Verbesserung der Versorgungssicherheit mit Energie würde die Importbelastungen der EU um 100 Milliarden Euro in der Periode von 2021 bis 2030 und um bis zu drei Billionen Euro bis 2050 entlasten (EU 2020: 6). Bis 2030 solle sich der Anteil der erneuerbaren Stromproduktion von 32 auf 65 Prozent erhöhen. Im Verkehrssektor solle der Anteil der erneuerbaren Energien gar von sechs auf 24 Prozent erhöht werden. Hierzu sollen rund eine Million Aufladestationen für Elektroautos bis 2030 aufgestellt werden. Bis 2050 sollen nahezu alle Autos »Nullemissionsfahrzeuge« sein (ebd.: 8, 21).

Die Ausdehnung des Emissionshandels bleibt eine zentrale Säule der EU-Politik. Bis 2030 solle der Verbrauch von Kohle gegenüber 2015 um mindestens 70 Prozent, von Öl um mindestens 30 Prozent und von Gas um mindestens 25 Prozent reduziert werden. Die erneuerbaren Energien würden stattdessen ihren Anteil beim Endverbrauch auf circa 40 Prozent steigern. Ohne die Steigerung der Kapazitäten der Kohlestoffsensoren durch eine entsprechende Landnutzung und die Entwicklung von Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und Speicherung sei das Ziel von null Emissionen nicht zu erreichen (EU 2020: 9, 10, 12, 14).

4.2 Sozial-ökologische Reformperspektive

Die auf eine sozial-ökologische Reform zielenden GND-Varianten orientieren sich mehr oder weniger deutlich am historischen Vorbild des New Deal (Adler u.a. 2019; Aronoff u.a. 2019; Chomsky/Pollin 2020; EuroMemo Group 2020; Pettifor 2020; Pollin 2020; Riexinger 2020; Sanders 2019). Alle diese GND-Varianten streben nach einem neuen postneoliberalen Akkumulationsregime. Dieses soll es möglich machen, bis 2050 die Treibhausgasemissionen bis zur Klimaneutralität und die massive soziale Ungleichheit gleichermaßen zu reduzieren.

Ziele, Maßnahmen und Leerstellen der Green New Deals

Die AutorInnen dieser GND-Vorschläge definieren ihre Ziele unterschiedlich konkret. Politisch am konkretesten ist der Plan von Bernie Sanders. Er sieht eine Reduktion der Emissionen in den USA um mindestens 71 Prozent und in den armen Ländern um 36 Prozent bis zum Jahr 2030, 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energiequellen und die Schaffung von 20 Millionen Jobs vor (Sanders 2019). Der von der neuen politischen Formation DiEM25 eingebrachte Green New Deal for Europe richtet sich direkt an die EU (Adler u.a. 2019). Dieser Plan, den auch Ann Pettifor unterstützt, will die Wirtschaft in Europa in einer umweltgerechten, dekarbonisierten und solidarischen Perspektive umbauen. Die detaillierten Vorschläge beinhalten ein Green Public Works Investitionsprogramm, ein umfassendes Gesetzespaket für eine Europäische Umweltunion und eine Kommission, die die EU Politik überwachen soll. Die AutorInnen betonen ausdrücklich, dass dieser Plan nur durch breiten und massiven Druck durch Basisbewegungen eine Realisierungschance hat. Die EuroMemo Group (2020) konzipiert ihre Vorschläge als indirekten Gegenvorschlag des EGD der EU Kommission. Ihre Vorschläge unterscheiden sich nicht grundsätzlich von jenen von DiEM25, argumentierten aber weniger deutlich weniger für den Aufbau einer Bewegung.

Die postkeynesianische Ökonomin Pettifor (2020) stellte im Unterschied zu andern Autorinnen die Architektur des Finanzsystems in den Vordergrund und setzt dabei ausdrücklich auf die Nationalstaaten. Diese müssten die Kon-

trolle über die Finanzmärkte und des Geldes erlangen. Mit ihrem durch die Arbeiten von Herman Daly inspirierten Plädoyer für eine stationäre Wirtschaft, stellt sie als einzige Fürsprecherin eines GND die Wachstumsfrage.

Auch Robert Pollin und Noam Chomsky greifen mit ihren Vorschlägen direkt in die politische Debatte ein (Pollin 2020; Chomsky/Pollin 2020). Sie wollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 45 Prozent senken und CO₂-Neutralität bis 2050 erreichen. Allgemein fordern sie eine Reduktion globaler Ungleichheit. Die beiden Autoren argumentieren für das Ende des Neoliberalismus. Etwas weniger konkret, dafür politisch deutlich bewegungsorientierter, wollen Aronoff u.a. (2019) ebenfalls eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse anschieben. Ganz ähnlich will Riexinger (2020) mit einem linken GND einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, um bis 2035 CO₂-Neutralität zu erreichen. Mit seinen Vorschlägen zielt er auf ein »linkes Hegemonieprojekt«, das ein neues Akkumulationsmodell des Kapitalismus durchsetzt.

Je nach Ziel setzen die Maßnahmen der GND-Modelle unterschiedliche Akzente, ohne sich wesentlich zu widersprechen. Allen Vorschlägen gemein ist eine konsequente Dekarbonisierung der Wirtschaft bis spätestens 2050. Alle wollen die öffentlichen Investitionen zur Förderung grüner Wirtschaftssektoren massiv steigern. Sanders verlangt, öffentliche Unternehmen für erneuerbare Energien einzurichten. Aronoff u.a. wollen die Energiekonzerne in Gesellschaftseigentum überführen. Diese AutorInnengruppe schlägt auch die umfassendste gesellschaftliche Transformation einschließlich eines Programms für die soziale Reproduktion vor. Damit meinen sie den Ausbau der Infrastruktur in Bildung, Gesundheit, Pflege, Sorge und im Umweltbereich. Pollin und Chomsky betonen, wie wichtig es ist, eine systematische Industriepolitik mit entsprechenden Förderungen und Leitplanken zu entwickeln. Ähnlich argumentiert auch die EuroMemo-Gruppe. Ziemlich bescheiden beginnt sie mit der Forderung nach einer Verbesserung des Europäischen Emissionshandelssystems und der Einführung einer europäischen CO₂-Steuer. Ähnlich der US-amerikanischen AutorInnengruppe argumentiert Riexinger für den Aufbau einer breiten sozialen Infrastruktur und eines demokratischen Sozialstaats. Er fordert höhere Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Nur Pettifor (2020) legt mir ihrer Forderung nach einer Entmachtung des Finanzkapitals und souveräner nationaler Geldpolitik die Akzente anders.

Auch bezüglich der Finanzierung der Programme legen die AutorInnen die Schwerpunkte unterschiedlich. Das Spektrum reicht von einer Erhöhung der Steuern für Vermögende, auf hohe Einkommen, Unternehmensgewinne, grüne Anleihen, Eurobonds durch die EZB, Kreditschöpfung durch Zentralbanken und Geschäftsbanken, Kreditfinanzierung durch Geschäftsbanken,

Nutzung der Profitrücklagen von Unternehmen, Einsparungen bei den Rüstungsausgaben und Streichung der Subventionen für fossile Energieträger. Die detailliertesten Finanzierungsprogramme arbeiten Pettifor (2020) und Pollin (2020) aus.

Damit ein GND gesamtökonomisch kohärent ist, muss die gesellschaftliche Nachfrage insgesamt und in den neuen Sektoren so hoch sein, um die Investitionstätigkeit aufrechtzuerhalten. Interessanterweise beachten fast alle AutorInnen diesen Aspekt kaum. Entsprechend der postkeynesianischen Argumentation gehen sie davon aus, dass durch die Staatsausgaben und mit den Einkommen in den grünen Sektoren die gesamtgesellschaftliche Nachfrage genügend hoch sein wird. Riexinger plädiert ziemlich verschwommen für ein neues Exportmodell. Die Position der Länder in Europa und Nordamerika in der weltweiten Arbeitsteilung wird höchstens am Rande angesprochen. Das ist eine offensichtliche Leerstelle aller GND-Vorschläge.

Die Frage der Profite bleibt ebenfalls offen. Nur Pollin und Chomsky (2020) sowie Aronoff u.a. (2019) reden zumindest teilweise Klartext. Beide AutorInnengruppen betonen, dass das fossile Kapital geringere Profitraten akzeptieren muss und sie sind sich auch bewusst, dass sie hierfür ein entsprechendes politisches Kräfteverhältnis aufbauen müssen. Alle anderen sprechen dieses Thema nicht an. Wenn man aber eine neue Phase des Kapitalismus anstrebt, sind die Profite eine Grundvoraussetzung dafür, dass sich das Kapital auf irgendeinen Deal einlässt oder zumindest unter massivem gesellschaftlichen Druck geringere Profitraten akzeptiert, ohne dass es zu Kapitalflucht und zur Investitionsverweigerung schreitet.

Dass das politische Kräfteverhältnis massiv zu verändern ist, darüber sind sich alle im Klaren. Nicht überraschend sprechen Sanders (2019), Aronoff u.a. (2019) und Riexinger (2020) diesen Aspekt am klarsten aus. Sie alle sehen ihr GND-Programm explizit als Instrument zur Mobilisierung sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften. Alle AutorInnen appellieren zugleich an den Nationalstaat beziehungsweise an die EU (EuroMemo Group 2020; Adler u.a. 2019). Keiner AutorIn schlägt in ihrem GND explizit eine mehr oder weniger weitgehende Entmachtung des Kapitals (nicht nur des Finanzkapitals wie Pettifor das tut), eine demokratische, gesellschaftliche Aneignung von strategischen Schlüsselsektoren (außerhalb des Energiesektors), ein umfassendes industrielles Um- und Rückbauprogramm und damit in der Summe dieser Schritte eine antikapitalistische Übergangsperspektive vor.

Mangelnde Kohärenz

Die sozial-ökologischen Green New Deals gehen von der Prämisse aus, dass sich unter kapitalistischen Bedingungen zugleich Vollbeschäftigung, grünes

Wachstum und Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 erreichen lassen. Das entspricht einer Konfiguration, die den Unternehmen insgesamt eine befriedigende Profitabilität und Nachfrage erlaubt, sodass sie weiterhin investieren und eine erweiterte Reproduktion sichergestellt ist. Diese Konfiguration müsste für Jahrzehnte kohärent und stabil sein, um ein neues Wachstumsmodell zu ermöglichen. Für die Realisierung dieser Perspektive sind die Arbeitsproduktivität, die Zusammensetzung der Nachfrage, die internationale Arbeitsteilung, die Energiepreise und die Verschuldung wichtige Variablen.

Wenn das Kapital bei steigenden Energiepreisen und Kosten für CO₂-Emissionen die Profitrate erhalten will, muss es die Arbeitsproduktivität steigern, ohne zugleich den Energieinput zu erhöhen. Das heißt, Rationalisierungen dürfen nicht Arbeitskräfte durch Maschinen mit einem höheren Energieverbrauch ersetzen, was keineswegs garantiert ist. Zugleich ist zu beachten, dass die letzten Jahrzehnte ohnehin von einer deutlichen Abschwächung der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität gekennzeichnet waren. Dafür war die Verlagerung der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage in Richtung Dienstleistungen verantwortlich. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien kann diese Tendenz nicht neutralisieren. Unter diesen Bedingungen kann die Profitabilität des Kapitals nur durch eine Steigerung der Mehrwertrate, also auf Kosten der Arbeit erhalten werden (Husson 2009).

Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, dass die Sektoren, die ökologisch verträgliche Technologien, Maschinen und Konsumgüter herstellen, eine höhere Arbeitsproduktivität aufweisen und damit die anfänglich zu begleichenen Kosten für die Einrichtungen dieser Produktionszweige kompensieren. Auf diese Weise könnten die Unternehmen die gewünschte Profitabilität erzielen, die es erlaubt, angemessene Löhne zu bezahlen, die eine nachhaltige Binnennachfrage ermöglichen. Doch diese Annahme ist unrealistisch.

Nur eine, aber nicht hinreichende Voraussetzung hierfür wäre die von Pettifor angemahnte Entmachtung des Finanzkapitals, das seit rund vier Jahrzehnten einen gewichtigen Teil des Mehrwerts in Form einer Finanzrente (Zinsen, Dividenden, auf Eigentumsmonopolen beruhende Renten) einkassiert und damit durch den Mechanismus einer Corporate Governance, die sich am Shareholder Value orientiert, zusätzlichen Druck auf die Löhne sowie auch nachhaltige Investitionen und Forschungs- und Entwicklungsausgaben ausübt.

Die durch die gegenwärtige Krise verstärkten Rationalisierungstendenzen sind im Hinblick auf die Entwicklungsdynamik in die Überlegungen einzubeziehen. Eine McKinsey-Studie schätzt, dass in der EU bis 2030 22 Prozent der Arbeitskräfte, das entspricht 53 Millionen Jobs, durch Automatisierung wegfallen können (McKinsey Global Institute 2020: 18). Diese Entwicklung steht in

krassem Gegensatz zum Anliegen der Vollbeschäftigung und stellt eine ökologische Herausforderung dar, da Maschinen mit Strom angetrieben werden.

Die fossilen Industriesektoren und der Energiesektor weisen eine hohe Zentralisation des Kapitals auf. Das erlaubt den Unternehmen monopolistische Surplusprofite zu erzielen. Bemerkenswerterweise hat sich auch der Sektor der Windturbinenhersteller in wenigen Jahren beträchtlich konzentriert. Viele etablierte Konzerne aus dem Maschinenbau und besonders Turbinenhersteller wurden rasch große Akteure in diesem Markt. Doch diese Dynamiken sind zu wenig erforscht. Es bleibt empirisch zu überprüfen, in welchem Maße auch »grüne« Sektoren monopolistische Surplusprofite erzielen und damit ihre Profitrate steigern können. Sofern die Kapitalintensität in den arbeitsintensiveren grünen Sektoren geringer als in den fossilen Sektoren ist, besteht allerdings das Potenzial höherer Profitraten.

Die Einbindung in die hierarchische internationale Arbeitsteilung ist ein weiterer Aspekt, der einer stabilen nachhaltigen Konfiguration des Kapitalismus zuwiderläuft. Die Konzerne aus den Metropolenländern waren in der Lage, sich dem Druck auf ihre Profitabilität durch eine massive Ausweitung der Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen sowie durch eine vertikale Zerlegung ihrer Wertschöpfungsketten und die Durchsetzung hierarchischer Lieferbeziehungen zu entziehen. Auf diese Weise nutzten sie den globalen Pool verfügbarer Arbeitskräfte und konnten einen zusätzlichen Druck auf die Löhne ausüben (Durand/Gueuder 2018). Jeder GND steht in diesem Kontext vor einem grundlegenden Dilemma.

Um die Flucht in profitable Direkt- und Portfolioinvestitionen zu vermeiden, die weder ökologisch noch weniger ausbeuterisch sind, müssten die Profite aus Investitionen in heimische grüne Anlagen höher sein. Die Profitabilität in den Bereichen der erneuerbaren Energien und der auf große Energiespeicher angewiesenen Unternehmen hängt aber auch davon ab, inwiefern es gelingt, die Preise der Rohstoffe zu senken, das heißt, hierarchische imperialistische Beziehungen aufrechtzuerhalten. Das widerspricht allerdings jeder weltweit solidarischen Perspektive.

Gerade darum ist es bedenklich, dass keine der GND-Varianten eine grundsätzliche Kritik an der Orientierung der Konzerne und nationalen Regierungen auf internationale Wettbewerbsfähigkeit übt. Auch Riexinger (2020) stellt sich dem deutschen Exportmodell höchstens zaghaft entgegen. Durch ihre Orientierung auf eine nicht wachsende *steady-state*-Ökonomie und Betonung der nationalstaatlichen Versorgungsverantwortung bewegt sich Pettifor (2020) nur implizit jenseits des Diskurses der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, was aber noch nicht einer global solidarischen Perspektive gleichkommt.

Die meisten Vorschläge für einen GND vermeiden eine klare Positionierung zugunsten der Verpflichtungen gegenüber den abhängigen und armen Ländern. Das schliesse eine deutlich überproportionale Verminderung der Treibhausgasemissionen in den imperialistischen Ländern ein. Auch die Forderung nach einer Abschaffung des Handels von Emissionszertifikaten sind im besten Falle unklar formuliert. Letztlich beinhalten alle GND-Vorschläge, obgleich in unterschiedlichem Maße, Aspekte eines »Klima-Imperialismus«.

Die gegenwärtige Krise treibt die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, der Unternehmen und der Individuen massiv in die Höhe. Die Zunahme der Staatsverschuldung im Zuge der Krise ab 2007 und ihre nachfolgende »Sanierung« lässt erwarten, dass die Regierungen erneut zu einer harten Austeritätspolitik übergehen werden, sobald die Pandemie einigermaßen im Griff bekommen ist. Das wird den Spielraum für sozial-ökologische Reformpolitik deutlich einschränken. Dieser Spielraum könnte nur durch eine massive gesellschaftliche Mobilisierung erweitert werden. Die damit einhergehende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses liefe jedoch auf eine erneute Unterminierung der Profitabilität des Kapitals hinaus. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist nicht zu erwarten, dass sich das Kapital auf irgendeine Art von GND einlassen wird, die wirklich auf Vollbeschäftigung und ökologischen Umbau zielt.

Ökologisch ungenügend

Die diskutierten Green New Deals geraten nicht nur in Widerspruch zu zentralen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Sie genügen auch den ökologischen Anforderungen in keiner Weise. Erstens orientieren sich alle seit 2019 vorgelegten GND-Varianten am Ziel, die Erderhitzung gegenüber der vorindustriellen Zeit auf 1,5 Grad zu begrenzen. Doch die Vorschläge vermeiden es, die Rahmenbedingungen für die Erreichung des 1,5-Grad-Ziels klar zu benennen. Sie schließen weder den Einsatz von Kernenergie oder Geoengineering aus noch von negativen Emissionstechnologien, etwa Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung. Letztere Technologien sind unausgereift und mit großen Risiken behaftet. Das gilt noch stärker für Geoengineering.

Würde man das für Mensch und Natur sinnvollste erste Szenario im sogenannten 1,5-Grad-Bericht des IPCC zum Ausgangspunkt für eine Strategie nehmen (IPCC 2018), allerdings unter Ausschluss zusätzlicher Kernenergie und mit Berücksichtigung der historischen Schuld der frühindustrialisierten und imperialistischen Länder, müssten die Treibhausgasemissionen in eben diesen Ländern bis zum Jahr 2030 um schätzungsweise 80 Prozent reduziert werden.

Zweitens vermeiden es die GND-Vorschläge, klar zu benennen, dass es notwendig ist, den Energieverbrauch, die materielle Produktion und den

Transportaufwand wesentlich zu verringern. Oder sie gehen davon aus, dass sich kapitalistisches Wachstum mit einer absoluten Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vereinbaren ließe. Damit vermeiden sie es, das Problem des Rebound-Effekts anzusprechen. Insofern unterscheiden sich die FürsprecherInnen eines GND nicht grundsätzlich von den AnhängerInnen eines grünen Kapitalismus, die betonen, dass es gelungen sei, die sogenannte Ressourcen- und Energieeffizienz zu steigern. Das trifft relativ zu. Es gibt eine relative Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Wir brauchen jedoch eine absolute Entkoppelung, im globalen Maßstab. Pettifor sowie Chomsky und Pollin erkennen Herausforderung der planetaren Grenzen. Pettifor spricht sich deswegen für eine sogenannte stationäre (*steady state*) Wirtschaft aus. Da sie in der kapitalistischen Akkumulation nicht einen grundsätzlichen Wachstumszwang erkennt, stellt sie den durch die Kapitalverwertung getriebenen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur nicht als solchen infrage.

Keiner der diskutierten Vorschläge für einen Green New Deal sieht einen umfassenden industriellen Umbau- oder gar Rückbau vor. Außer die EU verlangen alle AutorInnen zwar eine Reduktion der Rüstungsausgaben. Doch die Forderung nach einem radikalen Rückbau der Rüstungsindustrie fehlt ebenso wie Vorschläge nach einer umfassenden Konversion und schließlich Rückbau der Automobilindustrie. Ebenso wird keine grundsätzliche Kritik an der Offensive der Automobilindustrie für Elektroautos geäußert. Lediglich Riexinger (2020) erkennt die Notwendigkeit der industriellen Konversion, auch der Automobilindustrie, und formuliert Vorschläge, wie dieses Anliegen gesellschaftlich verankert werden kann. Aronoff, Battistoni, Aldana Cohen und Riofrancos (2019) benennen zu Recht die Ressourcenintensität der erneuerbaren Energien, beschränken sich aber auf eine allgemeine Kritik an den ungleichen Handelsbeziehungen.

Drittens verengen alle GND-Vorschläge – mit Ausnahme von Pettifor – die Umweltzerstörung auf den Klimawandel und nennen allenfalls noch den Verlust der Biodiversität. Das Artensterben, der aus dem Ruder gelaufene Stickstoffkreislauf und die rasante Zerstörung fruchtbaren Bodens zeigen allerdings, dass die Menschheit mehrere planetare Grenzen bereits durchbrochen hat. Die Erkenntnisse der Erdsystemforschung weisen darauf hin, dass der gesamte gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur derart gestört ist, dass nur ein rascher und kompletter industrieller Um- und Rückbau die Aussicht darauf zulässt, die Erde lebensfreundlich zu erhalten. Demzufolge zieht sich die Anforderung, den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur auf rationale Weise zu organisieren, durch alle gesellschaftlichen Bereiche, also namentlich die Produktion, Reproduktion und Zirkulation, hindurch.

5. Fazit: Möglichkeiten des Bruchs ausloten

Ein Green New Deal ist letztlich eine ökonomisch unrealistische und ökologisch ungenügende Perspektive. Die gegenwärtigen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sind so groß, dass eine sozial-ökologische Konfiguration des Kapitalismus unrealistisch erscheint. Alle GND-Vorschläge, obgleich in unterschiedlichem Maße, sehen ausdrücklich eine weitere Steigerung der Kapitalakkumulation und des Wirtschaftswachstums vor, alle entwickeln ihre Vorschläge im Rahmen der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des »heimischen« Kapitals und berücksichtigen die historische ökologische Schuld der imperialistischen Länder nicht.

Erstens bestehen keine Potenziale die Produktivität in dem Maße zu steigern, dass gleichzeitig die Löhne erhöht und die gesellschaftliche Infrastruktur verbessert werden können als auch die Gewinne der Unternehmen wieder steigen. Weil dieser Spielraum nicht besteht, können radikale Strukturreformen nur durchgesetzt werden, wenn die ArbeiterInnenbewegung und die Umweltbewegung ein Kräfteverhältnis aufbauen, das es erlaubt, die Macht des Kapitals massiv einzuschränken. Dieses erforderliche Kräfteverhältnis kommt aber letztlich einer gesellschaftlichen Situation gleich, in der die Frage der politischen Macht und des Eigentums über Produktionsmittel ebenfalls gestellt werden kann. Radikale Reform und revolutionärer Bruch verschmelzen.

Zweitens müsste ein GND eine kapitalistische Konfiguration ermöglichen, in der die Profite in den neuen grünen und nicht-fossilen Sektoren der Wirtschaft höher sind als in den fossilen Sektoren. Nur unter dieser Bedingung würde das erforderliche Kapital überhaupt in diesen Sektor fließen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das kurzfristig der Fall sein wird. Die Profite ließen sich auch in den nicht-fossilen Sektoren vor allem durch eine verstärkte Ausbeutung der Lohnabhängigen bewerkstelligen, sowie dadurch, dass die Weltmarktpreise für die Inputs gesenkt werden, etwa durch einen Raubbau in anderen Bereichen der Natur. Schließt man diesen Weg aus, muss der Staat die Lücke schließen und die nicht-fossilen Bereiche der Wirtschaft finanzieren und selber aufbauen. Der ökonomische und ökologische Spielraum für einen »Deal« mit dem Kapital oder fossilen Kapitalfraktionen besteht also nicht. Das heißt, es gilt ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das es erlaubt, einen durch massive Gewinn- und Vermögenssteuern finanzierten öffentlichen Industriesektor aufzubauen, der den sozial-ökologischen Umbau mit seinen Produkten trägt. Eine derartige Strategie hätte aber mit einem Deal nur noch wenig zu tun und wäre einer ökosozialistischen Umbaustrategie ziemlich ähnlich (Zeller 2020).

Drittens vermeiden es alle GND-Vorschläge die grundsätzliche Frage anzusprechen, ob es möglich ist, den Ressourcen- und Energieverbrauch absolut zu senken bei gleichzeitigem Fortgang der kapitalistischen Akkumulationstätigkeit. Es gibt nirgendwo Anhaltspunkte, dass dies möglich ist. Jede Strategie, die beansprucht einen sozial-ökologischen Systemwechsel anzustreben, dieses Problem aber nicht anspricht, bleibt inkonsistent und ökologisch ungenügend.

Viertens ist es fraglich, ob es politisch sinnvoll ist, begrifflich am New Deal der 1930er Jahre anzuschließen. Die gegenwärtige wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Situation unterscheidet sich grundlegend. Der Begriff New Deal ist im Bewusstsein größerer Teile der Bevölkerungen in den USA und allenfalls in Großbritannien zwar durchaus positiv belegt. Aber nirgendwo sonst, auch nicht im romanischen und deutschen Sprachraum gibt es eine derartige historische Referenz.

Wer soll mit wem auf welcher Grundlage und mit welchem Ziel einen Deal abschließen? Die ökologische und gesellschaftliche Dringlichkeit im Kontext des Durchbrechens der planetaren Grenzen im Zeitalter des Anthropozäns macht den Deal-Begriff unsinnig. Es gilt nicht einen Diskurs des Kompromisses und seiner Aushandlung, sondern einen Diskurs der absoluten Dringlichkeit und des Aufbaus von gesellschaftlicher Gegenmacht zu entwickeln. Es geht also vielmehr darum, die Herrschaft des Kapitals, der herrschenden Politik und des gegenwärtigen politischen Führungspersonals zu delegitimieren.

Gerade aus politischen Erwägungen sind die Auseinandersetzungen über Green New Deals, trotz ihrer inneren Widersprüchlichkeit und unzureichenden Programmatik, fünftens, auch unter dem Gesichtspunkt des Potenzials zur Veränderung der Kräfteverhältnisse zu beurteilen. Besonders die FürsprecherInnen eines radikalen und linken GND (Aronoff u.a. 2019; Riexinger 2020) wollen zu einem strategischen Bündnis von Teilen der Gewerkschaften, der Klimabewegung, der feministischen Bewegung, städtischen Initiativen für eine Verkehrswende, ländlichen Kooperativen für eine biologische Landwirtschaft und dem antirassistischen Widerstand anregen. Das Anliegen, Einstiegsprojekte in einen sozial-ökologischen Systemwechsel zu entwickeln, teile ich vollumfänglich. Ich unterstütze auch viele ihrer programmatischen Vorschläge. In den USA zeigte sich, dass die Debatten über einen GND dazu beigetragen haben, eine gesellschaftliche Diskussion über alternative gesellschaftliche Entwicklungen zu initiieren. Es gilt also die Vorschläge für einen GND auch daran zu messen, inwiefern sie dazu beitragen, die Mobilisierungsfähigkeit der ArbeiterInnenbewegung, der Klimabewegung und anderer fortschrittlicher sozialer Bewegungen zu stärken und zu ihrer Konvergenz beizutragen. Gerade für diese Bilanz ist es allerdings noch zu früh.

Eine ökosozialistische Perspektive teilt viele Einzelforderungen der radikalen und linken Varianten eines GND, betrachtet diese allerdings als Teil einer Strategie des antikapitalistischen Bruchs, nicht des Deals mit einzelnen Kapitalfraktionen oder Teilen der Eliten. Hierbei stehen wir vor Herausforderungen, die die FürsprecherInnen eines GND nicht ansprechen: die demokratische gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel, der Aufbau von unabhängigen demokratischen Strukturen, die eine gesellschaftliche Gegenmacht zum Ausdruck bringen können und schließlich die Infragestellung der Macht des Kapitals überhaupt (Zeller 2020).

Literatur

- Adler, David / Wargan, Pawel / Prakash, Sonu (2019): A Blueprint For Europe's Just Transition. The Green New Deal for Europe, Dec 2019, DiEM25, URL: <https://report.gndforeurope.com/>, Zugriff: 1.12.2020.
- Adler, Frank / Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökologie. München.
- Altwater, Elmar (2011): Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma? In: Widerspruch 60: 119-132.
- Angus, Ian (2020): Im Angesicht des Anthropozäns. Klima und Gesellschaft in der Krise. Münster.
- Aronoff, Kate / Battistoni, Alyssa / Aldana Cohen, Daniel / Riofrancos, Thea (2019): A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal. London.
- Barbier, Edward (2010): A Global Green New Deal. Rethinking the Economic Recovery. Cambridge.
- Brand, Ulrich (2009): Schillernd und technokratisch. Grüner New Deal als magic bullet in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus? In: PROKLA 156 39(3): 475-481. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v39i156.426>.
- Brüggen, Willi (2001): Grüne New Deal. In: Haug, Wolfgang Fritz / Haug, Frigga / Jehle, Peter / Küttler, Wolfgang (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 5. Hamburg: 1062-1070.
- Chesnais, François (2016): Finance Capital Today. Corporations and Banks in the Lasting Global Slump. Leiden/Boston.
- Chomsky, Noam / Pollin, Robert (2020): Climate Crisis and the Global Green New Deal. London.
- DIE LINKE (2020): Aktionsplan Klimagerechtigkeit 28. Januar, Aktionsplan Klimagerechtigkeit Berlin. URL: <https://www.linksfraktion.de/>, Zugriff: 30.11.2020.
- Durand, Cédric / Gueuder, Maxime (2018): The Profit-Investment Nexus in an Era of Financialisation, Globalisation and Monopolisation: A Profit-Centred Perspective. In: Review of Political Economy 30(2): 126-153. DOI: <https://doi.org/10.1080/09538259.2018.1457211>.
- EU (2020): Stepping up Europe's 2030 climate ambition. Investing in a climate-neutral future for the benefit of our people. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions (COM (2020) 562 final), 17.9.2020. Brussels. URL: <https://ec.europa.eu/>, Zugriff: 1.12.2020.
- EuroMemo Group (2020): A Green New Deal for Europe. Opportunities and Challenges. Euro-Memorandum 2020. Wien.
- Europäische Kommission (2020): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999 (Europäisches Klimagesetz) (2020/0036 (COD)), 4. März 2020. URL: <https://eur-lex.europa.eu>, Zugriff: 10.8.2020.

- (2019): The European Green Deal. Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions., 11 December 2019. Brussels. URL: <https://ec.europa.eu>, Zugriff: 10.11.2020.
 - (2020): Financing the green transition: The European Green Deal Investment Plan and Just Transition Mechanism: European Commission., 14 Januar 2020. URL: <https://ec.europa.eu>, Zugriff: 1.12.2020.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford.
- (2014): *Seventeen contradictions and the End of Capitalism*. London.
- Husson, Michel (2009): Un capitalisme vert est-il possible? *Contretemps* 1 (nouvelle série) (1): 93-102.
- IPCC (2018): 1,5°C globale Erwärmung. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, P. Z. V. Masson-Delmotte, et.al., Intergovernmental Panel on Climate Change, G. World Meteorological Organization. Genf. URL: <https://www.de-ipcc.de>, Zugriff: 26.3.2020.
- Kaufmann, Stephan / Müller, Tazio (2009): *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und keine Ende des Wachstums*. Berlin.
- Klein, Naomi (2019): *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann*. Hamburg.
- Mahnkopf, Birgit (2014): »Peak Capitalism«? Wachstumsgrenzen als Grenzen des Kapitalismus. In: *WSI Mitteilungen* 67(7): 505-512. DOI: <https://www.doi.org/10.5771/0342-300X-2014-7-505>.
- McKinsey Global Institute (2020): *The future of work in Europe. Automation, workforce transitions, and the shifting geography of employment*, June 2020. London/Washington.
- Pettifor, Ann (2020): *Green New Deal. Warum wir können, was wir tun müssen*. Hamburg.
- Pollin, Robert (2020): *An Industrial Policy Framework to Advance a Global Green New Deal*. In: Oqubay, Arkebe u.a. (Hg.): *The Oxford Handbook of Industrial Policy*. Oxford.
- Riexinger, Bernd (2020): *System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal - Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können*. Hamburg.
- Rifkin, Jeremy (2019): *Der globale Green New Deal: Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert - und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann*. Frankfurt/M.
- Rockström, Johan u.a. (2009): *Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity*. In: *Ecology and Society* 14(2): art32. URL: <https://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>.
- Sanders, Bernie (2019): *The Green New Deal*. URL: <https://berniesanders.com>, Zugriff: 1.12.2020.
- Santarius, Tilman (2015): *Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch*. Marburg.
- Steffen, Will u.a. (2015): *Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet*. In: *Science* 347(6223): 1259855. DOI: <https://doi.org/10.1126/science.1259855>.
- u.a. (2018): *Trajectories of the Earth System in the Anthropocene*. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115(33): 8252-8259.
- The Green European Foundation (2009): *A Green New Deal for Europe. Towards green modernisation in the face of crisis (A report by the Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy)*. Brussels.
- Zeller, Christian (Hg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster.
- (2010): *Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals*. In: Schmieder, Falko (Hg.): *Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie*. Bern/Berlin: 103-135.
 - (2011): *Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und die Suche nach neuen Feldern*. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 55(1-2): 65-83. DOI: <https://doi.org/10.1515/zfw.2011.0006>.
 - (2020): *Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen*. München.